Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich einmal, außer den 2. Feiertagen.
Bezugspreis: Vom 1. bis 15. August 60 000 M., vorauszahlbar, frei ins Haus, bei zweimaliger Ratenzahlung pro Rate 30 000 M. Für Abholer 57 000 M.
Auch durch die Post zu beziehen.
Redaktion: Fehlandstraße 11, erster Stock.
Verantwortlicher Redakteur: Johannes Reitze, Hamburg.
Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß.
Buchhandlung: Erdgeschoß.
Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, erster Stock.

Hamburger Echo

Einzelpreis 12 000 M.

Anzeigen die 13gespaltene Petitzeile 20 000 M., unter Ausschluß der „Geschäftlichen Rundschau“. Stellenangebote 15 000 M., Stellengef. 5000 M. Priv. Familienanz. 6500 M. Kleine Anzeigen bis 9 Zeilen die Zeile 10 000 M., von 10 bis 15 Zeilen 14 000 M. Reklamezeile 75 000 M. Anzeigen müssen im voraus oder sofort bezahlt werden. Anzeigen-Annahme Fehlandstraße Nr. 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag) in den Filialen (bis 3 Uhr) und in allen Annoncen-Bureaus. Maß- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Nr. 223. Dienstag, den 14. August 1923. 37. Jahrgang.

Das Kabinett der großen Koalition.

Die Zusammensetzung.

4 Sozialdemokraten — 8 Bürgerliche.

Amtlich wird aus Berlin vom Montag abend mitgeteilt:

Der Reichspräsident hat den Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann zum Reichskanzler ernannt und auf seinen Vorschlag die Reichsministerien wie folgt besetzt: Reichsminister für Wiederaufbau und Stellvertreter des Reichskanzlers: Reichsminister a. D. Robert Schmidt; Reichsarbeitsminister: Reichsminister Dr. Brauns; Reichsminister des Innern: Reichstagsabgeordneter Sollmann; Reichsverkehrsminister: Reichsminister Oeser; Reichsfinanzminister: Dr. Hilferding; Reichswehrminister: Reichsminister Dr. Geßler; Reichsjustizminister: Reichsminister a. D. Radbruch; Reichsernährungsminister: Reichsminister Dr. Luther.

Das neu zu schaffende Amt eines Reichsministers für die besetzten Gebiete wird dem früheren rheinischen Oberpräsidenten Fuchs übertragen.

Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers des Auswärtigen ist bis auf weiteres der Reichskanzler beauftragt.

Für das Reichswirtschaftsministerium ist der Reichsminister a. D. v. Raumer in Aussicht genommen.

Das Reichspostministerium ist noch unbesetzt. (Einer späteren Meldung zufolge soll Giesberts wieder Postminister werden.)

*

Mit dieser Regierungsbildung ist das vielumstrittene Kabinett der großen Koalition zur Tatsache geworden. In einer Stunde, von der jeder Einsichtige sagen muß, daß sie keinen andern Ausweg mehr offen ließ, wollte man nicht außen- und innenpolitisch das Chaos über Deutschland hereinbrechen lassen. Die Not des Volkes hat einen Grad erreicht, der ein längeres Zuwarten der sich verantwortlich fühlenden Parteien zum Verbrechen gestempelt hätte. Das Kabinett Cuno war tatsächlich — nicht nur nach Meinung der Sozialdemokratie — am Ende seines Lateins angelangt. Wenn es noch eine Rettung vor schmählichster Kapitulation, vor der Entfesselung des Bürgerkriegs, vor der Zerschlagung des Reiches geben sollte, dann mußte dieser Schritt gewagt werden, gegen den im voraus innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, und auch in unserm Blatt, die allerschwersten Bedenken erhoben worden sind, um den aber, wie sich die Dinge in der letzten Zeit entwickelt hatten, doch nicht mehr herumzukommen war. Wieder einmal hat sich die Macht der Verhältnisse stärker erwiesen als alle theoretisch vorgefaßten Meinungen, wieder einmal muß der praktische Versuch lehren, was der Erfolg dieses äußersten Wagnisses, das unsere Partei unternehmen konnte, sein wird. Auch dem neuen Kabinett gegenüber gilt es, wachsam zu bleiben. Seine Zusammensetzung, wie sie oben angekündigt ist, bietet noch keineswegs die Gewähr dafür, daß einheitliche Politik im Sinne der von uns aufgestellten Forderungen getrieben wird. Namentlich ist das Verbleiben des Reichswehrministers Geßler auf seinem Posten, nach allem, was vorgefallen, eine harte Belastungsprobe und läßt es dringend geboten erscheinen, hier noch eine Aenderung durchzusetzen — sofern es möglich sein wird. Allerdings soll das Kabinett zu der Zeit, in der diese Zeilen im Druck erscheinen, schon dem Reichstag, der um 1 Uhr zusammentritt, sich vorstellen, und alles Interesse wird sich dann zunächst auf die Programmrede des neuen Kanzlers Dr. Stresemann konzentrieren.

Erwartungen und Versprechungen.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst glaubt mitteilen zu können, daß die Programmerklärung des neuen Kabinetts den ersten Beweis dafür liefern wird, daß die Forderungen unserer Partei Anerkennung gefunden haben, und daß jetzt ganze Arbeit gemacht werden soll. Er nennt das Kabinett Stresemann ein „Kabinett der Sachwerterfassung und Erfüllungspolitik“. Die Zusammensetzung des Kabinetts bürgt für eine ehrliche republikanische Politik, drei Viertel seiner Mitglieder sind überzeugte Republikaner und der Rest steht dem republikanischen Staatsgedanken innerlich nicht mehr fremd gegenüber. Durch Taten werden die neuen Männer, insbesondere aber unsere Vertrauensleute in der Regierung beweisen müssen, daß die Hoffnungen, die ein großer Teil des Volkes auf sie setzt, zu Recht bestehen.

*

Partei und Gewerkschaften zur Regierungsbildung.

Eine Versammlung der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre von Groß-Berlin nahm am Montag abend nach Referaten der Reichstagsabgeordneten Otto Wels und Dr. Hertz und nach einem Korreferat des Abgeordneten Künstler, der den Standpunkt der Minderheit der Fraktion vertrat, eine Entschließung an, die sich das Programm der Fraktion und der Gewerkschaften zu eigen machte und von den neuen sozialdemokratischen Ministern und der Reichstagsfraktion verlangt, daß sie mit aller Energie und ohne irgendwelches Nachgeben darauf bestehen, daß das Programm der Fraktion sofort restlos durchgeführt werde und daß die Verwaltung, die unter Cuno wieder in vorrevolutionäre Bahnen gelenkt wurde, endlich demokratisiert werde, andernfalls sei die jetzige Koalition für die Partei nicht tragbar. In der Entschließung heißt es außerdem, daß der große Erfolg, den die Reichstagsfraktion durch die Zustimmung aller Parteien einschließlich der Kommunisten für ihre Steuervorschläge gefunden habe, nunmehr zu einer wirklichen Besserung der Finanz- und Wirtschaftslage Deutschlands führen könne, wenn dem ersten Schritt der sofortige und energische Umbau der gesamten Steuergesetzgebung folge.

*

Die Bundesvorstände des ADGB. und des AfA.-Bundes sagen in einem Aufruf, der sich erneut gegen die Generalstreikparole der Kommunisten wendet und die Gewerkschaftsmitglieder auffordert, sich in keinerlei Gemeinschaft mit kommunistischen Aktionen einzulassen:

Die Regierung Cuno wußte bereits seit unserer Erklärung am 30. Juli, daß sie jedes Vertrauen der arbeitenden Bevölkerung verloren hatte. Mit großer Schuld beladen ist die Regierung Cuno jetzt verschwunden, sie ist dem zornigen Unwillen des Volkes gewichen. Die nun zu bildende neue Regierung wird sich nur halten können, wenn sie durch wirklich tief greifende Maßnahmen die Ursachen beseitigt, welche die gegenwärtige furchtbare Lage herbeigeführt haben. Sie muß also, wenn sie nicht ebenso wie ihre Vorgängerin scheitern will, die Forderungen der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei erfüllen. — Diese Forderungen können aber nicht erfüllt werden, wenn durch den Generalstreik die Not im Lande noch riesenhaft vergrößert wird. — **Wir rufen aus diesem Grunde im Bewußtsein unserer Verantwortung für das Wohl der arbeitenden Bevölkerung, alle Arbeiter und Angestellten im ganzen Reiche auf, trotz des kommunistischen Druckes die Arbeit fortzusetzen resp. wieder aufzunehmen.**

*

Der preußische Ministerpräsident gleichzeitig Mitglied der Reichsregierung?

Als wahrscheinlich wird mitgeteilt, daß der preußische Ministerpräsident Otto Braun bei Beibehaltung seines Amtes in Preußen der Reichsregierung als Minister ohne Portefeuille angehören werde. Diese Funktion soll dazu dienen, das Verhältnis zwischen Preußen und dem Reich zu stärken.

*

Bayern grollt weiter?

Die Fraktion der Bayrischen Volkspartei des Reichstags hat es abgelehnt, in die Regierung Stresemann einzutreten und beabsichtigt nicht, ihr das Vertrauen zu geben. Infolgedessen mußte sie auch auf eine Vertrauensstellung im gegenwärtigen Ministerium verzichten. Es verlautet, daß sie eine Beteiligung an der Regierung wegen der Anwesenheit der Sozialdemokraten in der Koalition ablehnt.

Englands Schlag gegen Poincaré.

Am Montag warteten die deutschen Zeitungsredaktionen vergebens auf die Uebermittlung der fälligen Sonntagspredigt Poincarés, die ausdrücklich als Polemik gegen Englands jüngste Noten angekündigt war. Anscheinend ist der Inhalt der am Sonnabend an Frankreich übermittelten englischen Note Herrn Poincaré ins Gedärm geschlagen. Sein Rededrang wurde augenblicklich ausgeschaltet. Diese Note ist eine Tat, die Kulturwelt wird nicht überhören können, was Baldwin sagt. Dem gestern mitgeteilten Auszug lassen wir einige Kernstellen folgen.

Unparteiische Sachverständigen-Kommission.

Je umfassender die Körperschaft, um so besser. England würde gern Vertreter der Mächte sehen, die Anspruch auf Reparationen hätten, wie die Vereinigten Staaten, sowie auch von Mächten, die an dem letzten Krieg nicht teilnahmen. Wünschenswert erscheine auch die Teilnahme Deutschlands. England sei bereit, eine Vereinbarung einzugehen, durch die sich die Alliierten im voraus binden würden, der Reparationskomission die Annahme der Vorschläge der Sachverständigenkommission zu empfehlen, anderseits, wenn Frankreich und Belgien nicht bereit wären, soweit zu gehen, sich damit begnügen, daß die Funktionen der Sachverständigen nur beratender Natur sein sollen.

Festsetzung und freiwillige Anerkennung einer Gesamtleistung.

Sowohl die französische als auch die belgische Note fechte die britische Behauptung an, daß es im Interesse aller Alliierten liege, eine Summe endgültig als Gesamtverpflichtung Deutschlands festzustellen, eine Summe, die von Deutschland selbst als gerecht und angemessen angesehen werde.

Die britische Regierung werde von der Ansicht beherrscht, daß eine frei eingegangene und als angemessen erachtete Verpflichtung in der Praxis auf einer andern Grundlage stehe und auf treuere Ausführung zu rechnen habe, als etwa eine Verpflichtung, die unter dem Druck eines Ultimatums unterschrieben wurde und bei deren Unterzeichnung der Unterzeichner Einspruch erhebe.

Berechtigung des passiven Widerstandes.

Wenn die britische Regierung die Bereitschaft zu erkennen gegeben habe, sich einem guten Rat an Deutschland, ohne Verzögerung, die Erlasse und Verordnungen zurückzuziehen, die den passiven Widerstand mit verursachten, anzuschließen, könne sie doch anderseits keineswegs die These unterschreiben, daß der Widerstand bedingungslos aufhören müsse, da er dem Versailler Vertrag widerspreche.

Die höchsten juristischen Autoritäten in Großbritannien hätten der britischen Regierung ihre Gutachten abgegeben, daß die Behauptung der deutschen Regierung, laut der die Ruhrbesetzung im Vertrag von Versailles keine Begründung findet, wohl begründet sei und die britische Regierung habe ihre Ansicht, daß die französisch-belgische Ruhraktion (ganz abgesehen von ihrer Zweckmäßigkeit) keine durch den Vertrag selbst autorisierte Sanktion darstelle, niemals verhehlt. Sie sei jedoch bereit, diese oder irgendeine andere Meinungsverschiedenheit über die legale Auslegung der zahlreichen Bestimmungen des Vertrages, soweit sie nicht durch einstimmige Entscheidung der Reparationskommission entschieden werden könnten, an den internationalen Gerichtshof im Haag oder ein anderes geeignetes Schiedsgericht zu verweisen.

Militärische Besetzung rechtsrheinischen Gebiets unzulässig.

Das Recht, das linke Rheinufer und die Brückenköpfe zu besetzen, sei den Alliierten als Garantie für die Durchführung des Vertrages gegeben worden. Außerdem bestimme Artikel 430 besonders, daß, wenn die Reparationskommission finde, daß Deutschland sich weigere, seine Verpflichtungen mit Bezug auf die Reparationen oder einen Teil davon, nach den Bestimmungen des Vertrages zu beobachten, die gesamten besetzten Gebiete oder einen Teil davon, die vielleicht schon geräumt seien, unverzüglich wieder besetzt würden. Es wäre nötig gewesen, im Falle eines Verzuges in den Reparationen ausdrücklich eine derartige Wiederbesetzung zu bestimmen, wenn die Alliierten bereits das unbeschränkte Recht gehabt hätten, irgendein deutsches Gebiet unter einer andern Bestimmung des Vertrages zu besetzen. Die britische Regierung müsse, dazu herausgefordert, sagen, daß die Besetzung des Ruhrgebietes ungesetzlich sei.

Ruhrbesetzung ein unzweckmäßiger Würgekrieg.

Die französische Regierung erkläre, daß der Zweck ihres Eindringens ins Ruhrgebiet nicht eine prompte oder vollständige Bezahlung der Reparationen gewesen sei, sondern das Brechen des deutschen Widerstandes und die Schaffung eines Willens zum Zahlen in Deutschland. Nach Ansicht der britischen Regierung werde dagegen die Zahlungsfähigkeit durch eine Fordauer der Besetzung mit ihrem Würgekrieg im wichtigsten Mittelpunkt der deutschen Industrie vollkommen erlahmen. Die Parallele, die die französische Regierung mit der deutschen Aktion 1871 zu ziehen sucht, könne schwerlich aufrechterhalten werden; denn damals habe der Friedensvertrag die Besetzung ausdrücklich vorgesehen.

Deutschland hat nach Kräften erfüllt.

Die nach dem kurzen Feldzuge von 1870/71 durchgeführte Bezahlung der Kriegsentschädigung im Werte von 4 Milliarden Goldmark könne nicht in Wirklichkeit verglichen werden mit der 33mal so großen Forderung an ein Land, das finanziell durch einen vier Jahre dauernden Krieg erschöpft wurde. Die Leichtigkeit, mit der die 1871 auferlegte Entschädigung bezahlt wurde, sei zum großen Teil das Ergebnis einer Krediterleichterung gewesen, die Frankreich in der Lage war, zu erhalten. Deutschland habe auf der andern Seite unter der vollkommenen Unfähigkeit, auswärtige Anleihen zu erhalten, gelitten. Außerdem habe ein langer Zeitraum bestanden, bis die Regelung der Reparationen bestimmt wurde.

Obgleich die britische Regierung keineswegs von den Reparationsleistungen befriedigt sei, sei es doch fair, zu erklären, daß Deutschland tatsächlich an Reparationen und Kosten für die Besatzungsheere mehr als den doppelten Betrag bezahlt hat, der von Frankreich 1871 gefordert worden ist, und auch noch beträchtliche Zahlungen im Zusammenhang mit den Clearingämtern und verschiedenen andern Verpflichtungen aus dem Vertrage geleistet hat.

Die Ruhrbesetzung ruiniert die Welt.

Die wiederholte Erklärung Frankreichs und Belgiens, verbunden mit dem Bestehen darauf, daß die Gesamtsumme von 132 Milliarden unvermindert gelassen wird, könne nur ausgelegt werden als Absicht, in der Besetzung des Ruhrgebietes für eine Anzahl von Jahren zu bleiben, die im besten Falle nicht weniger sein könne als 36 Jahre, da dies der Mindestzeitraum ist, über den die Zahlung der Schuld auf Grund des Zahlungsplanes verteilt ist, ein Zeitraum, der, da es allgemein für unwahrscheinlich gehalten werde, daß die vollständige Durchführung des Zahlungsplanes unter irgendwelchen Umständen möglich sei, auf unbeschränkte Zeit, wenn nicht gar für dauernd fortgesetzt werden kann.

Eine derartige Lage, deren politische Folgen, ganz abgesehen von den wirtschaftlichen, nur als katastrophal bezeichnet werden könnten, könne von der britischen Regierung nur mit der größten Besorgnis betrachtet werden. Sie würde die lebhafte Gefahr heraufbeschwören, daß die internationalen Beziehungen in irgendeiner Weise berührt würden, die — um die Worte des Artikels 11 des Völkerbundspaktes zu gebrauchen — den internationalen Frieden und das gute Einvernehmen zwischen den Nationen, von denen der Friede abhängt, zu stören drohe. Die britische Regierung kann nicht glauben, daß die französische und belgische Regierung in der Lage sein werden, die Meinung der Welt in der unbeschränkten Aufrechterhaltung einer so gefährlichen Lage unberücksichtigt zu lassen.

Es geht von der Besetzung des Ruhrgebietes bereits mittelbar und unmittelbar eine ernste Wirkung auf die wirtschaftliche und industrielle Lage nicht nur in Deutschland aus, dessen Fähigkeit, Reparationen zu zahlen, mehr und mehr schwinde, sondern auch im übrigen Europa, wenn nicht in der ganzen Welt, und nicht zum wenigsten in England.

Englands Ansprüche an Deutschland und an die Alliierten.

Der Hauptgrundsatz des britischen Planes sei, daß **Großbritannien bereit sei, seine Forderung an die Alliierten und Deutschland zusammen auf eine Summe von annähernd 14,2 Milliarden Goldmark zu beschränken,** welche Summe den augenblicklichen Wert der vor kurzem fundierten britischen Schuld an die amerikanische Regierung darstelle.

Die Zugeständisse, die die britische Regierung für die alliierten Schulden vielleicht anbieten könne, müßten demgemäß in hohem Maße abhängen von einem Teil dieser Summe, die sie von Deutschland erhalten könne. Zugeständnisse könnten also nur gewährt werden, wenn die allgemeine Reparationsregelung, auf die die britische Regierung dringe, getroffen sei, und zwar derart, daß die britische Regierung ihren Anteil an den deutschen Zahlungen als Zutaten von wirklich finanziellem Wert ansehen könne.

Zu diesem Zwecke müsse der **erste Schritt sein, die Höchstsumme festzusetzen, die die Alliierten vernünftigerweise von Deutschland zu erhalten hoffen könnten. Sie müsse von Vereinbarungen gefolgt oder begleitet sein, die eine wirksame Wiederaufrichtung der Finanzen und des Kredites Deutschlands auf einer gesunden Grundlage sichern** und die künftige Zahlung der deutschen Schuld garantieren werde.

Der Kabinettswechsel und die äußere Politik Deutschlands.

Daß die äußere und innere Politik eines Landes nicht zwei unabhängig voneinander wirkende Sphären darstellen, daß sie ineinandergreifen und sich gegenseitig bedingen, das wurde in den jüngsten Wochen und Monaten von der Regierung Cuno, die ja nunmehr das Zeitliche gesegnet hat, am Körper des siechen Deutschland selbst dem Blindesten vor Augen geführt. Die Rechte wußte nicht, was die Linke tat. Das Außenministerium machte seine Politik wie im leeren Raum, so als ob Deutschland unbegrenzte innere und äußere Hilfsquellen zur Verfügung ständen. Man sprach sehr ernst, ja geradezu salbungsvoll, aber man machte nicht Ernst. Man führte einen Kampf von welthistorischem Ausmaße, trat mit einer neuen Waffe, dem passiven Widerstand, in die europäische Geschichte ein, ließ sich als „Siegelbewahrer deutscher Würde“ feiern, tat aber nichts oder nur unzulängliches, halbes, falsches, um jenem Kampf, der als solcher berechtigt und selbstverständlich war, jene Grundlage zu geben, auf der einzig und allein er ausgefochten werden konnte. Das ist die historische Schuld, daß diese Männer der starken Worte im Innern Angst vor ihrer eigenen Courage bekamen, niemand weh tun wollten und so alles laufen ließen.

Das bedeutete aber in diesem Fall die Notenpresse laufen lassen. Das bedeutete finanzielles Chaos und Zusammenbruch der Währung. Und indes man niemand weh tun wollte, schickte man das gesamte Volk in eine Verelendung, das Wirtschaftsleben in eine Verwirrung von so furchtbaren Ausmaßen, daß nicht nur der deutsche Staat in die schwerste Krise geriet, sondern damit auch jede außenpolitische Aktivität gehemmt wurde und die starken Worte nach außen recht bedenklich nach Renomisterei klangen. Die Regierung Cuno hatte auch außenpolitisch abgewirtschaftet, denn sie stand am Ende ihres Lateins, das in diesem Falle allerdings mehr ein Englisch war. Die Hoffnungen und Erwartungen auf die man außenpolitisch alles aufgebaut hatte, waren zerstoben, die Interventions-Illusion, das Kernstück der äußeren Politik Cunos, war verflogen. Es blieb die Parole: „durchhalten“; aber ein Durchhalten, das von innen zermürbt und keinerlei Gewähr dafür bot, daß es nicht zum Selbstzweck ausarten würde. Denn es wurde nirgends sichtbar, daß man auf eine Lösung hinarbeitete oder auch nur die elementarsten Grundlagen für jede Lösung schuf.

In diesem Sinne gesehen ist der Zusammenbruch des Kabinetts Cuno allerdings in seiner Außenpolitik begründet, aber es wäre ein Irrtum, diesen Zusammenbruch mit einem moralischen Zusammenbruch des passiven Widerstandes gleichzusetzen. In diesen Irrtum sind anscheinend im ersten Augenblick die französischen Zeitungen verfallen. Sie sind aber von ihrem Irrtum inzwischen wieder kuriert und geben ihrer Mißstimmung recht kräftigen Ausdruck.

Die Bildung einer Regierung Stresemann ist, außenpolitisch gesehen, ja gerade im Gegenteil der Beweis dafür, daß Deutschland trotz Not und Elend, die Nerven nicht völlig verloren hat, sondern weiß, daß ein Verzicht auf den passiven Widerstand Kapitulation bedeutet und Kapitulation an der Ruhr den Anfang einer (in Oesterreich schon recht fortgeschrittenen) „Ottomanisierung“, wie man jene Summe von Kontrollen und Ueberwachungen in der diplomatischen Sprache zu nennen pflegt.

Daß es sich um keine Politik der Kapitulation handelt, das beweist ein Blick in die Presse von den sozialistischen Zeitungen bis nach rechts, das beweist die Ministerliste, die für den, der hinter den Namen die Richtungen, Strömungen und Auffassungen zu lesen versteht und die Personen kennt, auf den ersten Blick. Das beweist die Tatsache, daß Stresemann selbst vorläufig das Außenministerium führen wird, das beweisen die Namen der Minister Oeser, Luther und Geßler, die aus dem Ministerium Cuno übernommen wurden (von letzterem muß man sagen: leider!), das beweisen die Namen unserer Parteigenossen Sollmann, Schmidt und Hilferding. Sollmann, der Rheinländer und Bekämpfer des rheinländischen Separatismus, ist ja schon für seine Person ein Programm, das Programm des reinen passiven Widerstandes unter Vermeidung und Verdammung jeglicher aktivistischer Attentate und ähnlicher Wahnsinnsausbrüche. Und auch Hilferding hat ja vor kurzem einem französischen Journalisten gegenüber ein Bekenntnis zum passiven Widerstand abgelegt, das bei ihm, dem typischen Vertreter einer Politik der Verständigung, dem Gegner der deutschen Kriegspolitik und bewährten Führer der früheren USP., ungeheures Aufsehen im Ausland erregt hat. Das Kabinett bekommt aber gerade dadurch seine besondere außenpolitische Schlagkraft, daß der Wille zur Fortführung des passiven Widerstandes gepaart ist mit der Gewähr für die tatsächliche Beschränkung auf den passiven Widerstand. Es ist undenkbar, daß ein Kabinett, in dem Sollmann und Hilferding sitzen, mit den Kreisen liebäugelt, die nur knirschend sich auf den passiven Widerstand beschränken, ihn im Grunde nur für das kleinere Uebel halten, für einen unzulänglichen Ersatz für aktiven Widerstand. Damit wird der passive Widerstand auf seinen eigentlichen Sinn und Charakter zurückgeführt werden; die Abenteurer der Ruhrfront, die sich leider in nicht geringer Anzahl im Ruhrgebiet herumgetrieben haben, werden verschwinden, und die ganze Verantwortung und alle Führung wieder auf die große Masse der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten

Dollar (vorbörslich) 10½ Uhr: 3 225 000.

Lebenslauf des heiligen Wonnebald Pück.

Eine Erzählung von Ricarda Huch.

[2]

Indessen wurde eine augenblickliche Wirkung nicht bemerkbar, vielmehr entfaltete er seine fröhlichen Triebe, nachdem er Benefiziat in einem kleinen entlegenen Dorfe geworden war, erst recht, als wäre nach mannigfacher Entbehrung nun die schöne Zeit der Ernte herbeigekommen. Was er durchaus nicht lassen konnte und mochte, war, mit hübschen Weibern, wenn es irgend anging, Liebschaften anzuknüpfen, wodurch er die Bauern nicht wenig ärgerte, und da er ihnen dazu noch dadurch anstößig wurde, daß er sich so viel wie möglich Hühner, Eier und Butter schenken ließ, hielten sie mit lautem Tadel seiner Predigten nicht zurück, die kurz, hohl und unnütz wie Seifenblasen über ihren Köpfen zerplatzten. Der Bischof, zu dessen Regiment er gehörte, sah sich genötigt, Wonnebald einen Vorhalt zu machen über den Leichtsinn, mit dem er seinen Beruf auffaßte, worauf dieser sich damit entschuldigte, daß das kleine Dorf ihm keine seinem Geiste angenehme Nahrung gewährte, und daß er deshalb den gröberen Zerstreuungen nachginge, die es ihm darböte, ferner, was die Predigt beträfe, daß die Bauern sich zu seiner Höhe nicht aufschwingen könnten, er zu ihrer Dummheit sich nicht herablassen möchte. Hierauf bildete sich die Ansicht, es würde das beste sein, den jungen Mann an eine bessere Stelle zu setzen, wo seine Vorzüge mehr zur Geltung kämen, seine lasterhaften Gewohnheiten aber teils weniger auffielen, teils wegen der beständigen Ueberwachung durch Gleichstehende und Vorgesetzte sich mehr in ein schützendes Dunkel verkriechen würden. Solche Erwartungen enttäuschte jedoch Pück, der nunmehr Pfarrer in einer größeren Stadt wurde, vollständig, indem er der vermehrten Gelegenheit zu Lust und Wonne nicht widerstehen konnte und es weit ausgelassener trieb als zuvor, so daß an Abhilfe ernstlich gedacht werden mußte.

*

In derselben Stadt war der Sitz eines Weihbischofs, der, gelehrt und sittenstreng, an dem ungebührlichen Betragen Wonnebalds einen großen Anstoß nahm und sich häufig über ihn so ereiferte, daß er ihn gern mit Schimpf und Schande aus der Kirche ausgestoßen hätte. Doch überlegte er sich, daß der leidige Mensch einen reichen und hochansehnlichen Familienanhang habe, der ein so scharfes Vorgehen übel aufnehmen würde, und ferner, daß es der Kirche einen schlechten Leumund bereiten könnte, wenn man erführe, daß ein unwissender, unkuchtiger und gewissenloser Mensch wie Pück es bis zum Pfarrer hätte bringen können. Unter seinen Augen aber wollte er solche Leichtfertigkeit sich nicht breitmachen sehen und betrieb deshalb seinen Uebergang in ein Kloster, so die Verantwortung für seine schamlose Aufführung von sich abladend, aber nicht ohne ihn mit nachdrücklichen Empfehlungen auszurüsten. In dieser und ähnlicher Art rückte Wonnebald mühelos empor und wurde etwa fünfundvierzigjährig Abt eines Klosters, das in schöner, waldreicher Gegend, abseits vom Verkehr der großen Welt, gelegen war. Immerhin gab es in der Nachbarschaft des Klosters mehrere große Güter, deren Besitzer mit dem geselligen Abte in freundliche Beziehungen traten und im Verein mit welchen er sich bald das Leben so genußreich einzurichten wußte, wie es nach seinem Sinn war. Umsonst freilich gelangte er weder zu den üppigen Speisen noch zu den Zärtlichkeiten der Frauen, vielmehr gab er dafür so viel Geld aus, daß er sich auf das Spielen verlegte, wobei er im ganzen mehr verlor als gewann und seine Lage noch verschlimmerte. Was er von seinen inzwischen verstorbenen Eltern geerbt hatte, war bereits aufgebraucht, und die Geschwister, die ihm öfters Geld vorgestreckt, aber stets vergeblich auf Wiedererstattung gedrungen hatten, weigerten sich durchaus, ihm nochmals beizuspringen; so kam er dazu, den Gutsbesitzern abzuborgen, was er ihnen nicht abgewinnen konnte, und ihnen ebenfalls nichts davon zurückzuzahlen. Dies verdroß die Herren, die alle nacheinander an die Reihe kamen, mehr und mehr und vergällte ihnen das Zechen und Bechern mit dem Abte, ja manchen unter ihnen fiel es jetzt auf, daß er kein Gottesmann wäre, wie er sein sollte, und sie setzten ihn daheim und öffentlich mit deutlichen Anspielungen herunter. Im Kloster selbst hatte er alle diejenigen auf seiner Seite, denen ein gemächliches Leben über alles gefiel, einige aber, die aus Frömmigkeit oder galliger Gemütsart den Freudentaumel nicht mitmachen wollten, mißbilligten ihn durch schweigende Zurückhaltung oder verklagten ihn böswillig, wenn sich eine Gelegenheit dazu bot.

Diese Zustände bewirkten mit der Zeit, daß Wonnebald zuweilen von seinen Oberen Sendbriefe mit Vorwürfen und Drohungen erhielt, über deren Beantwortung er seufzte, ohne doch etwas Rechtes zustande zu bringen, wodurch er auf den Gedanken kam, die Arbeit einem geschickten Kopf zu übertragen, der ihm ergeben wäre. Dies auszuführen war aber nicht leicht, denn er wollte sich weder den Klosterbrüdern noch den Gutsnachbarn anvertrauen, sondern am liebsten einem einfachen, armen Manne, der ihn womöglich für einen übel verleumdeten, ehrwürdigen Kirchenvater ansähe und außerdem durch kleine Belohnungen in Abhängigkeit zu halten wäre. Unter den Bauern und Tagelöhnern, die in der Gegend wohnten, war ihm indessen keiner bekannt, der gescheiter als er selbst gewesen wäre, doch fiel ihm ein, einmal von einer Frau gehört zu haben, die mit zierlicher Handschrift wundervoll zu schreiben verstände und für die ganze Bauernschaft ringsum ausfertigte, was an Schreibereien vorkäme, sei es in Liebessachen oder beim Handel oder vor Gericht. Wonnebald, der unter den Frauen und Mädchen übrigens gut Bescheid wußte, hatte sich die Bekanntschaft der Lux Bernkule, denn um diese handelte es sich, aus mehreren Gründen bisher entgehen lassen: einmal weil er die gelehrten Weiber verabscheute und sodann weil er wußte, daß sie eines Jägers Frau war, eines strengen, aufbrausenden Mannes, der überdies auf die Geistlichkeit nicht gut zu sprechen war.

Lux war das Kind einer Nonne, einer vornehmen und hochgebildeten, in allerlei Künsten geübten Dame, die einen schon vor ihrer Einkleidung ihr vertrauten Liebhaber auch im Kloster noch öfters gesehen und eine Tochter geboren hatte, und der eine nachsichtige Aebtissin gestattete, daß das Kind unter den Bediensteten des Klosters aufwachsen durfte. Zwar durfte sie mit ihrer Mutter nur flüchtig verkehren und ihr auch nie, obwohl ihr das gegenseitige Verhältnis nicht verborgen blieb, den Mutternamen geben, doch hatte sie Gelegenheit, mancherlei zu lernen und sich zu bilden, und benutzte sie willig, wie denn überhaupt ihrem gesunden Geiste von allen Seiten Nährendes und Heilsames zugeflogen kam. Manches Mädchen wäre unter so heiklen Umständen vergrämt und bergrillt geworden, Lux indessen war mild und heiter geartet, durchschaute die Dinge und die Menschen, ohne sich an ihnen zu ärgern, und verlangte nicht viel, außer daß man sie anständig und freundlich behandelte, denn sie war empfindlich gegen harte und unschöne Berührungen, wie ihr denn überhaupt ein gewisser Hang für anmutige Lebensformen angeboren war. Trotzdem verliebte sie sich, als sie achtzehnjährig war, in den Jäger Henne Bernkule, der ein Mann ohne gebildete Sitten war, was freilich in der Zeit der Werbung, wo die Leidenschaft seine kräftige Schönheit veredelte und immerwährender Sonntag in ihren erwartungsvollen Herzen